

Finanzcontrolling (FiCo) der Stadt Essen

Bericht zum Prognosestichtag 30. Juni 2024
(FiCo I/2024)

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung.....	3
2.	Aktuelle Haushaltsentwicklung 2024.....	3
2.1	Ordentliches Ergebnis.....	6
2.2	Finanzergebnis.....	8
2.3	Entwicklung der Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen	8
2.4	Beteiligungsergebnis	9
3.	Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche.....	10
3.1	Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister].....	10
3.2	Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung].....	12
3.3	Geschäftsbereich 2 [Finanzen].....	14
3.4	Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]	16
3.5	Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]	18
3.6	Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit].....	21
3.7	Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]	25
3.8	Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen].....	27

1. Vorbemerkung

Der vorliegende Finanzcontrollingbericht stellt eine Prognose über das voraussichtliche Jahresergebnis 2024 auf Basis der zum Stichtag 30. Juni 2024 gebuchten Geschäftsvorfälle und sonstigen Erkenntnisse der Fach- und Geschäftsbereiche dar.

Seit dem 1. Januar 2023 entfallen die Berichtspflichten über Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden aus der Ukraine gegenüber der Aufsichtsbehörde. Aufgrund der fortlaufenden Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Essen wird hierzu unter Ziffer 2.3 dennoch berichtet.

Die internen Leistungsbeziehungen (ILB) werden nicht betrachtet, da diese – bezogen auf das Gesamtergebnis – haushaltsneutral und ausgeglichen sind.

Die geschäftsbereichsbezogenen Ergebnisprognosen und -erläuterungen (vgl. Ziffer 3) basieren auf dem „Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit“ (Zeile 22 der Teilergebnisrechnung).

2. Aktuelle Haushaltsentwicklung 2024

Der Rat der Stadt Essen hat mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 im Ergebnisplan einen Jahresüberschuss i. H. v. rd. 2,5 Mio. Euro beschlossen. Nach Übertragung von sachlich unabweisbaren Aufwandsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2023 – sog. Ermächtigungsübertragungen – verringert sich der fortgeschriebene Plan-Jahresüberschuss 2024 auf rd. 1,4 Mio. Euro.

Zum aktuellen Berichtsstichtag wird ein **Jahresfehlbetrag i. H. v. rd. 59,8 Mio. Euro** prognostiziert.

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.110.012.000	1.110.012.000	1.100.807.029	-9.204.971	-0,83
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.085.424.110	1.085.424.110	1.103.346.352	17.922.242	1,65
3	+ Sonstige Transfererträge	37.556.316	37.556.316	36.871.939	-684.377	-1,82
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	413.358.649	413.358.649	421.018.273	7.659.624	1,85
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	28.933.242	28.933.242	28.119.635	-813.607	-2,81
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.007.583.686	1.007.583.686	1.045.956.651	38.372.965	3,81
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	121.662.431	121.662.431	125.438.581	3.776.151	3,10
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	5.893.045	5.893.045	6.000.745	107.700	1,83
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	3.810.423.478	3.810.423.478	3.867.559.205	57.135.727	1,50
11	- Personalaufwendungen	646.696.595	646.696.595	656.766.047	10.069.452	1,56
12	- Versorgungsaufwendungen	126.360.781	126.360.781	123.926.354	-2.434.427	-1,93
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	485.455.637	486.518.249	507.038.637	20.520.388	4,22
14	- Bilanzielle Abschreibungen	109.824.132	109.824.132	110.739.696	915.564	0,83
15	- Transferaufwendungen	2.203.291.513	2.203.291.513	2.295.053.114	91.761.601	4,16
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	195.493.091	195.493.091	208.328.092	12.835.001	6,57
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.767.121.750	3.768.184.362	3.901.851.941	133.667.579	3,55
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	43.301.728	42.239.116	-34.292.736	-76.531.852	-181,19
19	+ Finanzerträge	41.941.822	41.941.822	45.418.705	3.476.883	8,29
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufw.	82.737.350	82.737.350	70.900.379	-11.836.971	-14,31
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-40.795.528	-40.795.528	-25.481.674	15.313.855	-37,54
22	= Ergebn. der lfd. Verw.tätigkeit (=18+21)	2.506.200	1.443.588	-59.774.409	-61.217.997	-4.240,68
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebn. vor Int. Leist.bez. (= 22 + 25)	2.506.200	1.443.588	-59.774.409	-61.217.997	-4.240,68
27	+ Erträge aus int. Leistungsbeziehungen	230.512.815	230.512.815	230.512.815	0	0,00
28	- Aufw. aus int. Leistungsbeziehungen	230.512.815	230.512.815	230.512.815	0	0,00
29	= Ergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	2.506.200	1.443.588	-59.774.409	-61.217.997	-4.240,68

Die einzelnen Geschäftsbereiche schließen mit folgenden Ergebnissen der laufenden Verwaltungstätigkeit ab:

Geschäftsbereich	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Geschäftsbereich 4	-535.877.055	-589.699.312	-53.822.257
Geschäftsbereich 7	-192.322.699	-200.935.275	-8.612.575
Geschäftsbereich 5	-345.929.941	-352.981.229	-7.051.288
Geschäftsbereich 3	-132.273.501	-138.613.486	-6.339.985
Geschäftsbereich 6	-180.973.817	-183.358.684	-2.384.867
Geschäftsbereich OB	-56.070.374	-57.880.279	-1.809.905
Geschäftsbereich 2	-51.813.831	-52.618.281	-804.450
Deckungsbudget	1.605.743.321	1.608.463.911	+2.720.590
Geschäftsbereich 1	-109.038.514	-92.151.775	+16.886.739
Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)	1.443.588	-59.774.409	-61.217.997

In sieben Geschäftsbereichen werden Ergebnisverschlechterungen aus laufender Verwaltungstätigkeit erwartet, denen Verbesserungen im Deckungsbudget sowie überwiegend aus haushaltsneutralen Umschichtungen von Personalaufwendungen resultierende Planunterschreitung im Geschäftsbereich 1 gegenüberstehen.

Der Geschäftsbereich 4 – Jugend, Bildung und Kultur – prognostiziert Haushaltsverschlechterungen i. H. v. rd. 53,8 Mio. Euro, insbesondere in den Aufgabenbereichen „Gewährung ambulanter und stationärer Hilfen zur Förderung junger Menschen/Familien“, „Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege“, „Schülerbeförderung“ und „Stadtbibliothek“ (vgl. Seite 18 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 7 – Stadtplanung und Bauen – geht aktuell von zusätzlichen Belastungen i. H. v. rd. 8,6 Mio. Euro aus, die im Wesentlichen bei der Bauunterhaltung der städtischen Immobilienwirtschaft, bei den gestiegenen Energiekosten und beim Projekt „Breitbandausbau“ prognostiziert werden (vgl. Seite 27 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 5 – Soziales, Arbeit und Gesundheit – erwartet zum Jahresende eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 7,1 Mio. Euro durch steigende Transferaufwendungen im Wesentlichen bei den Hilfen zur Pflege und der Eingliederung nach dem SGB IX sowie Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine (vgl. Seite 21 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 3 – Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung – geht von einer Verschlechterung i. H. v. rd. 6,3 Mio. Euro aus, die maßgeblich auf steigende Personalaufwendungen bei der KFZ-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde, bei den Bürgerämtern, beim Rettungsdienst sowie den Ausländerangelegenheiten zurückzuführen ist (vgl. Seite 16 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 6 – Umwelt, Verkehr und Sport – prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,4 Mio. Euro, die hauptsächlich in höheren Personalaufwendungen und einer außerplanmäßigen Abschreibung der Kapitaleinlage an die SBE zurückzuführen ist (vgl. Seite 25 des Berichts).

Der Geschäftsbereich OB – Oberbürgermeister – prognostiziert eine Verschlechterung aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro, die im Wesentlichen aus den Bereichen „Presse- und Medienarbeit“ sowie „Durchführung der Wahlen“ resultiert (vgl. Seite 10 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 2 – Finanzen – (ohne Deckungsbudget) erwartet eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro, insbesondere aufgrund von höheren Personalaufwendungen in der Finanzbuchhaltung (vgl. Seite 14 des Berichts).

Im **Deckungsbudget** werden Verbesserungen i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro prognostiziert. Verbesserungen im Finanzergebnis i. H. v. rd. 12,6 Mio. Euro stehen Verschlechterungen bei den Steuern und ähnlichen Entgelten i. H. v. rd. 9,5 Mio. Euro und sonstigen Aufwendungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro gegenüber (vgl. Seite 14 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 1 – Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung – weist eine Unterschreitung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit um rd. 16,9 Mio. Euro auf, die i. H. v. rd. 14,3 Mio. Euro aus haushaltsneutralen Minderaufwendungen durch Umschichtungen von überplanmäßigen Personal resultiert. Die Ursache hierfür liegt in der Veranschlagungssystematik des überplanmäßigen Personals (sog. Zentralbudget) (vgl. Seite 12).

2.1 Ordentliches Ergebnis

Das **ordentliche Ergebnis** schließt in der Prognose mit einem Fehlbetrag i. H. v. rd. **34,3 Mio. Euro** ab, rd. 76,5 Mio. Euro schlechter als im fortgeschriebenen Ansatz vorgesehen.

Die **ordentlichen Erträge** werden i. H. v. rd. **3.867,6 Mio. Euro** erwartet und verbessern sich um rd. 57,1 Mio. Euro gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben: rd. -9,2 Mio. Euro

- Mehrerträge für Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich und zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (rd. 3,3 Mio. Euro),
- Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (rd. 0,8 Mio. Euro),
- Minderträge bei der Gewerbesteuer (rd. -12,3 Mio. Euro) und dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (rd. -0,9 Mio. Euro).

Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen: rd. 17,9 Mio. Euro

- Zuweisungen vom Land für die anteilige Refinanzierung höherer Betriebskosten in den Tageseinrichtungen (rd. 13,2 Mio. Euro), für die Gruppenerweiterungen an den offenen Ganztagschulen (OGS) (rd. 0,8 Mio. Euro),
- Zuweisungen vom Land für die Krisenbewältigung von Geflüchteten in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine (rd. 10,9 Mio. Euro), für die Weiterleitung von EU-Geldern aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) für die Jahre 2022 und 2023 (rd. 6,8 Mio. Euro),
- Zuweisungen vom Bund für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (rd. 2,8 Mio. Euro),
- Geringere Zuweisung vom Bund und Land für den Breitbandausbau (rd. -1,6 Mio. Euro),
- Geringere Erstattungen vom Land aufgrund der niedrigeren Zahl der erstattungsfähigen Personen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) (rd. -15,0 Mio. Euro).

Zeile 3: Sonstige Transfererträge: rd. -0,7 Mio. Euro

- Mindererträge aufgrund der Anpassung der prognostizierten Kostenbeiträge bei den stationären Hilfen.

Zeile 4: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte: rd. 7,7 Mio. Euro

- Mehrerträge bei den Verwaltungsgebühren im Einwohneramt (rd. 2,2 Mio. Euro), bei den Benutzungsgebühren im Rettungsdienst (rd. 5,1 Mio. Euro), bei der Gruppenerweiterung ab dem Schuljahr 2024/2025 (rd. 0,9 Mio. Euro) und bei den Tageseinrichtungen (rd. 1,2 Mio. Euro),
- Mindererträge bei den Verwaltungsgebühren im Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster (rd. 0,6 Mio. Euro) und im Friedhofswesen (rd. 0,7 Mio. Euro) sowie Auflösung von Sonderposten für Ersatzbaumpflanzungen (rd. 0,3 Mio. Euro).

Zeile 5: Privatrechtliche Leistungsentgelte: rd. -0,8 Mio. Euro

- Mindererträge bei den Elternentgelten für Mittagessen, da eine geplante Preiserhöhung noch aussteht (rd. -1,2 Mio. Euro),

- Mehrerträge aus Eintrittsgeldern für den Grugapark (rd. 0,3 Mio. Euro).

Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen: rd. 38,4 Mio. Euro

- Mehrerträge aus Kostenerstattungen für Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 21,2 Mio. Euro),
- Mehrerträge bei der Grundsicherung (rd. 11,3 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Erstattungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) (rd. 3,1 Mio. Euro),
- Mehrerträge vom Land für den Unterhaltsvorschuss und die Gewährung von stationären Hilfen (rd. 2,5 Mio. Euro),
- Mehrerträge vom Bund zur Erstattung aufgrund Besoldungs- und Tarifierungsanpassungen beim Job-Center (rd. 1,3 Mio. Euro),
- Mindererträge aus Kostenerstattungen vom Land an die Zentrale Ausländerbehörde (rd. -2,9 Mio. Euro) korrespondierend mit Personalminderaufwendungen.

Zeile 7: Sonstige ordentliche Erträge: rd. 3,8 Mio. Euro

- Mehrerträge an Bußgelder aus der Verkehrsüberwachung (rd. 1,0 Mio. Euro),
- Diverse Rückzahlungen aufgrund nicht verausgabter Kostenerstattungen (rd. 0,8 Mio. Euro),
- Weitere Ertragspositionen, u. a. Konzessionsabgaben, Verspätungszuschlag, Ausbuchungen (rd. 1,8 Mio. Euro).

Die **ordentlichen Aufwendungen** werden mit rd. 3.901,9 Mio. Euro prognostiziert und übersteigen um rd. 133,7 Mio. Euro den fortgeschriebenen Ansatz. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 11 und 12: Personal- und Versorgungsaufwendungen: rd. 7,6 Mio. Euro

- Die Budgetüberschreitung ist durch einen Personalzuwachs um 144 im ersten Halbjahr, von 10.763 auf 10.907 Mitarbeiter/innen, zurückzuführen.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: rd. 20,5 Mio. Euro

- Mehraufwendungen für die Instandhaltung der Grundstücke und Gebäude (rd. 7,8 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen aufgrund von Preissteigerung bei Strom, Gas, Fernwärme und Treibstoffe (rd. 5,5 Mio. Euro) und für Betrieb und Unterhaltung von Verkehrsflächen (rd. 1,2 Mio. Euro),
- Höhere Zuschüsse an die Träger zur Förderung junger Menschen und Familien (rd. 3,2 Mio. Euro) sowie für den Unterhaltsvorschuss (rd. 1,0 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die Sicherheitsdienstleistungen für die Brandwache an der Gesamtschule Bockmühle (rd. 0,3 Mio. Euro) sowie für den AfD-Parteitag (rd. 0,6 Mio. Euro).

Zeile 14: Bilanzielle Abschreibungen: rd. 0,9 Mio. Euro

- Höhere Abschreibungen auf Finanzanlagen.

Zeile 15: Transferaufwendungen: rd. 91,8 Mio. Euro

- Höhere Aufwendungen für gestiegene Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 31,2 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen aus der Weiterleitung der Landeszuschüsse für die Kindertageseinrichtungen der freien Träger und die Kindertagespflege (rd. 26,5 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen in der Produktgruppe „Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien“ bei der Gewährung von ambulanten Hilfen (rd. 6,4 Mio. Euro) und von stationären Hilfen (rd. 18,9 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen zur Förderung von Kindern in den Tageseinrichtungen und -pflege (rd. 3,1 Mio. Euro),
- Höherer Zuschuss an die Jugendhilfe Essen (JHE) aufgrund der geplanten Gruppenerweiterung ab dem Schuljahr 2024/2025 (rd. 3,0 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für den Unterhaltsvorschuss aufgrund steigender Fallzahlen (rd. 2,6 Mio. Euro),

- Höhere Transferaufwendungen in den Bereichen „Eingliederungshilfen“ und „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (rd. 1,1 Mio. Euro),
- Minderaufwendung für das Projekt „Breitbandausbau“ (rd. –1,6 Mio. Euro), korrespondierend mit geringerer Zuweisung vom Bund und Land (Zeile 2).

Zeile 16: Sonstige ordentliche Aufwendungen: rd. 12,8 Mio. Euro

- Höhere Schülerbeförderungskosten aufgrund höherem Tagespauschalpreis von der Ruhrbahn (rd. 3,3 Mio. Euro),
- Höhere Aufwendungen für den Umbau Zentralbibliothek (rd. 2,0 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“, korrespondierend mit Mehrertrag vom Bund (rd. 2,8 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen im Pass- und Ausweiswesen (rd. 1,8 Mio. Euro), korrespondierend mit Mehrerträgen bei den Verwaltungsgebühren im Einwohnamt,
- Diverse Mehraufwendungen für Dienstreisen, Dienst- und Schutzkleidung, Honorarleistungen in den Tageseinrichtungen und für das Grünkonzept beim Öffentlichen Grün, RGE-Hausmeistervertretungen, Leasingfahrzeuge, ESH-Infrastruktur sowie Rückzahlungen (rd. 3,0 Mio. Euro).

2.2 Finanzergebnis

Für das **Finanzergebnis** wird eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. **15,3 Mio. Euro** prognostiziert, als Saldo aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 3,5 Mio. Euro und Minderaufwendungen i. H. v. rd. 11,8 Mio. Euro. Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus einer höheren Gewinnausschüttung der Sparkasse Essen (SPE) und der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE) (vgl. Ziffer 2.4) und aus unter Plan liegenden Zinsaufwendungen für die Investitions- und Liquiditätskredite (vgl. Ziffer 3.3 Deckungsbudget).

2.3 Entwicklung der Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine wurden insgesamt 10.518 Personen als Schutzsuchende bei der Stadt Essen mit folgenden Unterbringungsarten registriert:

Unterbringung Ukraine-Schutzsuchende	Gesamt
Unterbringung in städtischen Einrichtungen	3.219
Unterbringung bei Freunden, Bekannten etc.	5.878
Unterbringung in Landeseinrichtungen	1.130
Unterbringung in Hotels	193
unbekannte Unterbringung	98
Gesamtanzahl der in Essen erfassten Personen	10.518

Für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Geflüchteten werden Aufwendungen i. H. v. rd. **91,4 Mio. Euro** prognostiziert. Diesen stehen Erträge i. H. v. rd. **71,7 Mio. Euro** gegenüber, bestehend aus:

Bundes- und Landesbeteiligungen für SGB II-Leistungen

- rd. 38,0 Mio. Euro Erstattungen vom Bund für die Bürgergeldleistungen,
- rd. 13,0 Mio. Euro Leistungsbeteiligung des Bundes für Unterkunft und Heizung,
- rd. 4,8 Mio. Euro Erstattungen vom Bund für sonstige SGB II-Leistungen,
- rd. 4,4 Mio. Euro Hilfe zum Lebensunterhalt und Leistungen zur Eingliederung,
- rd. 10,6 Mio. Euro Landesmittel aus dem „Sondervermögen Krisenbewältigung“.

Ertrag aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten

- rd. 1,0 Mio. Euro Benutzungsgebühren für soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer.

Im Saldo ergeben sich aktuell **Ukraine-Krieg-bedingte Haushaltsbelastungen** i. H. v. rd. **19,7 Mio. Euro**.

2.4 Beteiligungsergebnis

Mit einer Prognose i. H. v. rd. **-78,1 Mio. Euro** wird beim Beteiligungsergebnis eine saldierte Verbesserung um rd. 3,8 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz i. H. v. rd. -81,9 Mio. Euro erwartet.

in Euro	Haushaltsansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Ergebnis der Gesellschaften mit städtischem Zuschussbedarf/Verlustausgleich	118.427.039	117.674.299	752.740
Ergebnis der Gesellschaften mit Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt	36.539.777	39.591.067	3.051.290
Haushaltsentlastung (+) Haushaltsbelastung (-)	-81.887.262	-78.083.232	3.804.030

Bei den Verlustgesellschaften wird eine geringfügige Verbesserung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro prognostiziert, die sich im Wesentlichen aus folgenden Sachverhalten ergibt:

- Rückzahlungen aus Überkompensationen des Vorjahres bei der Suchthilfe direkt Essen gGmbH (SDE) und der Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH (GVE) i. H. v. jeweils rd. 0,1 Mio. Euro,
- Mehrertrag aus Rückstellungsauflösung bei der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR) für einen nicht mehr benötigten Sonderzuschuss zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags 2023 i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro,
- Geringer erwartete Zuschussleistung für das laufende Jahr bei der Messe Essen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro sowie bei der Gesundheitszentrum St. Vincenz gGmbH i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro.

Ein höherer Zuschuss wird aktuell von der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (EWG) i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro für die Durchführung von drei SECAP-Maßnahmen angefordert, die haushaltsneutral von der Grünen Hauptstadt Agentur (FB 06-02) umgeschichtet wird.

Bei den Gesellschaften mit Gewinnausschüttungen wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 3,1 Mio. Euro erwartet, die sich aus höheren Gewinnausschüttungen der Sparkasse Essen (SPE) i. H. v. rd. 1,4 Mio. Euro und der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE) i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro zusammensetzt.

Detailinformationen sind dem Quartalsbericht II/2024 der Beteiligungsunternehmen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (DS 1066/2024/2) zu entnehmen. Darüber hinaus finden sich Erläuterungen in den nachfolgenden Ergebnisprognosen der Geschäftsbereichsbüros der einzelnen Geschäftsbereiche, denen die Gesellschaften budgetmäßig zugeordnet sind.

3. Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche

3.1 Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.819.093	10.819.093	3.450.561	-7.368.532	-68,11
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.202	5.202	5.202	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	58.550	58.550	58.550	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.417.900	1.417.900	1.417.900	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	976.898	976.898	985.975	9.077	0,93
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	13.277.643	13.277.643	5.918.188	-7.359.455	-55,43
11	- Personalaufwendungen	15.135.525	15.135.525	18.606.061	3.470.536	22,93
12	- Versorgungsaufwendungen	5.045.461	5.045.461	4.946.453	-99.008	-1,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.485.335	5.455.050	5.463.194	8.144	0,15
14	- Bilanzielle Abschreibungen	417.629	417.629	417.629	0	0,00
15	- Transferaufwendungen	38.437.438	38.437.438	30.878.360	-7.559.078	-19,67
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.856.914	8.856.914	8.886.769	29.856	0,34
17	= Ordentliche Aufwendungen	72.378.302	73.348.017	69.198.467	-4.149.551	-5,66
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-59.100.659	-60.070.374	-63.280.279	-3.209.905	5,34
19	+ Finanzerträge	4.000.000	4.000.000	5.400.000	1.400.000	35,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	4.000.000	4.000.000	5.400.000	1.400.000	35,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-55.100.659	-56.070.374	-57.880.279	-1.809.905	3,23
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-55.100.659	-56.070.374	-57.880.279	-1.809.905	3,23
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	369.750	369.750	369.750	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.148.608	2.148.608	2.148.608	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-56.879.517	-57.849.232	-59.659.137	-1.809.905	3,13

Der Geschäftsbereich OB prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro, welche im Wesentlichen auf höhere Personalaufwendungen von rd. 3,5 Mio. Euro zurückzuführen ist. Die Planansätze sind an die tatsächlichen Planstellen des Geschäftsabereichs nicht angepasst.

Die negative Abweichung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. -7,4 Mio. Euro korrespondiert mit den Minderaufwendungen bei den Transferaufwendungen aufgrund der organisatorischen Umschichtung der Mittel für den Breitbandausbau zum GB 7 (FB 62).

Ergebnisverbessernd wirkt sich das Finanzergebnis aufgrund einer um rd. 1,4 Mio. Euro erhöhten Ausschüttung der Sparkasse Essen aus.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0091	Geschäftsbereichsbüro GBOB	-21.937.953	-20.811.746	+1.126.206
FB01-02	Stabsst. für Bürgerbeteiligung u. Ehrenamt	-2.381.849	-2.355.703	+26.146
FB01-04	Büro f. Europaangel., Internat. u. nachhalt. Entwickl.	-303.669	-552.184	-248.515
FB01-09	Kommunales Integrationszentrum	-7.153.411	-7.042.681	+110.729
FB01-11	Gleichstellungsstelle	-708.353	-781.802	-73.449
FB01-15	Presse- und Kommunikationsamt	-2.062.718	-3.370.273	-1.307.554
FB12	Amt f. Statistik, Stadtforschung u. Wahlen	-1.822.960	-2.517.861	-694.900
FB14	Rechnungsprüfungsamt	-4.247.631	-4.561.959	-314.328
FB15	Amt f. Ratsangelegenheiten u. Repräsent.	-15.451.831	-15.886.069	-434.239
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-56.070.374	-57.880.279	-1.809.905

Die Abweichungen bei den Fachbereichen Büro für Europaangelegenheiten, Internationales und Nachhaltige Entwicklung (FB 01-04), Gleichstellungsstelle (FB 01-11), Presse- und Kommunikationsamt FB (01-15), Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen (FB 12), Rechnungsprüfungsamt (FB 14) und Amt für Ratsangelegenheiten und Repräsentation (FB 15) sind hauptsächlich auf Veränderungen bei den Personalaufwendungen zurückzuführen. Den Mehraufwendungen bei den Personalaufwendungen stehen Verbesserungen im Geschäftsbereichsbüro sowie bei der Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Ehrenamt (FB 01-02) und im Kommunalen Integrationszentrum (FB 01-09) gegenüber.

Geschäftsbereichsbüro GBOB (FB0091):

Die prognostizierte Verbesserung bei dem Geschäftsbereichsbüro OB i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro setzt sich zusammen aus:

- einer um rd. 1,4 Mio. Euro höher erwarteten Gewinnausschüttung der Sparkasse Essen (SPE),
- steigenden Personalaufwendungen i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro,
- einer voraussichtlich nicht vollständig benötigten Zuschussleistung der Messe Essen GmbH (ME) i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro,
- einer erhöhten Zuschussleistung an die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (EWG) i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro für die Durchführung von drei SECAP-Maßnahmen (*Gewerbegebietsmanagement für Klimaschutz in bestehenden und neuen Gewerbegebieten, Ansiedlung klimafreundlicher Wirtschaftsunternehmen und Inkubator Energie- und Klimaschutz*). Für die Durchführung der Maßnahmen wurden im Haushaltsplan 2024 Mittel bei der Grünen Hauptstadt Agentur (FB 06-02) bereitgestellt, sodass es sich grundsätzlich um einen haushaltsneutralen Sachverhalt handelt.

3.2 Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	309.955	309.955	309.955	0	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.561	17.561	17.561	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	133.874	133.874	134.876	1.001	0,75
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	18.025.804	18.025.804	19.225.639	1.199.835	6,66
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.699.935	2.699.935	3.136.372	436.437	16,16
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	382.000	382.000	382.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	21.569.129	21.569.129	23.206.403	1.637.274	7,59
11	- Personalaufwendungen	77.432.158	77.432.158	63.327.320	-14.104.838	-18,22
12	- Versorgungsaufwendungen	13.620.239	13.620.239	13.398.143	-222.095	-1,63
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.048.838	24.048.838	24.121.784	72.946	0,30
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.877.021	1.877.021	1.877.021	0	0,00
15	- Transferaufwendungen	430.000	430.000	430.000	0	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.260.973	13.260.973	13.481.258	220.284	1,66
17	= Ordentliche Aufwendungen	130.669.229	130.669.229	116.635.526	-14.033.703	-10,74
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-109.100.100	-109.100.100	-93.429.124	15.670.977	-14,36
19	+ Finanzerträge	1.561.586	1.561.586	2.777.348	1.215.762	77,85
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	61.586	61.586	1.277.348	1.215.762	1.974,08
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-109.038.514	-109.038.514	-92.151.775	16.886.739	-15,49
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-109.038.514	-109.038.514	-92.151.775	16.886.739	-15,49
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.960.563	1.960.563	1.960.563	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.521.525	2.521.525	2.521.525	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-109.599.476	-109.599.476	-92.712.737	16.886.739	-15,41

Der Geschäftsbereich 1 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 16,9 Mio. Euro. Bei den ordentlichen Erträgen werden Verbesserungen i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro prognostiziert, bestehend insbesondere aus:

- einer Zunahme der „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ (rd. 1,2 Mio. Euro) durch eine höhere Erwartung bei den Abfindungen abgebender Dienstherren aufgrund von Versetzungen von Beamtinnen und Beamten zur Stadt Essen sowie aus der Personalgestellung an das Ruhrmuseum,
- einer Zunahme der „Sonstige ordentliche Erträge“ (rd. 0,4 Mio. Euro) durch eine Kapitalertrags- und Solidaritätszuschlagssteuerrückerstattung durch das Finanzamt auf die erhöhte Gewinnausschüttung der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE).

Bei den ordentlichen Aufwendungen ergeben sich Verbesserungen i. H. v. rd. 14,0 Mio. Euro, insbesondere durch haushaltsneutrale Umschichtungen der Personalaufwendungen zu Lasten anderer Geschäftsbereiche für überplanmäßiges Personal (rd. 14,1 Mio. Euro) (vgl. Erläuterungen des Fachbereichs 10).

Die Verbesserung im Finanzergebnis i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro basiert auf der am 21. Juni 2024 beschlossenen Gewinnausschüttung der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE).

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0094	Geschäftsbereichsbüro GB 1	-3.841.021	-2.052.789	+1.788.232
FB01-05	Arbeitssicherheit Essen (ASE)	-614.478	-474.783	+139.695
FB01-08	Institut Gesundheit	-2.145.331	-2.487.639	-342.308
FB01-12	Digitale Verwaltung	-4.107.710	-4.253.763	-146.053
FB09-01	Personalrat	-1.849.228	-2.118.335	-269.107
FB10	Organisation und Personalwirtschaft	-60.961.989	-48.851.342	+12.110.647
FB11	Interner Service und Personalverwaltung	-35.518.756	-31.913.124	+3.605.632
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-109.038.514	-92.151.775	+16.886.739

Die negativen Abweichungen bei den Fachbereichen Institut Gesundheit (FB 01-08), Digitale Verwaltung (FB 01-12) und Personalrat (FB 09-01) sind überwiegend auf Veränderungen bei den Personalaufwendungen zurückzuführen. Den besoldungsbedingten Verschlechterungen steht eine Verbesserung bei dem Fachbereich Arbeitssicherheit Essen (FB 01-05) durch Stellenvakanzen gegenüber.

Geschäftsbereichsbüro GB1 (FB 0094):

Die prognostizierte Verbesserung i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der per Gesellschafterbeschluss erhöhten Gewinnausschüttung der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE).

Organisation und Personalwirtschaft (FB 10):

Der Fachbereich Organisation und Personalwirtschaft (FB 10) prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 12,1 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf Personalminderaufwendungen im sog. Zentralbudget i. H. v. rd. 15,1 Mio. Euro zurückzuführen ist. Hintergrund sind die im Planansatz für organisatorische Maßnahmen zentral etatisierten Personalaufwendungen, die im Jahresverlauf – nach verwaltungsseitiger Umsetzung der konkreten organisatorischen Maßnahmen – den Produktgruppen der betroffenen Fachbereiche zugeordnet werden. Gesamtstädtisch handelt es sich um einen haushaltsneutralen Vorgang. Den Minderaufwendungen im FB 10 stehen Mehraufwendungen in den entsprechenden Fachbereichen gegenüber.

Darüber hinaus wird ein Personalmehraufwand i. H. v. rd. 3,0 Mio. Euro durch gestiegene Ausbildungszahlen prognostiziert.

Interner Service und Personalverwaltung (FB 11):

Die prognostizierte Planunterschreitung i. H. v. rd. 3,6 Mio. Euro ergibt sich im Wesentlichen aus Personalminderaufwendungen i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro. Der Planansatz bei den Personalaufwendungen, der seit Jahren unterschritten wird, bedarf im künftigen Haushaltsjahr einer Anpassung. Darüber hinaus werden Mehrerträge durch höhere Abfindungen auf Grundlage des Versorgungslastenteilungsstaatsvertrags i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro sowie Mehrerträge im Bereich Personalgestaltung i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro erwartet.

Demgegenüber wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro aufgrund von Mehraufwendungen für Leasingrate, Versicherung und Wartung für das Dienstrad-Leasing für Tarifbeschäftigte prognostiziert. Korrespondierend hierzu fallen in den Geschäftsbereichen der leasingnehmenden Beschäftigten verringerte Lohnnebenkosten an.

3.3 Geschäftsbereich 2 [Finanzen]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.110.012.000	1.110.012.000	1.100.807.029	-9.204.971	-0,83
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	813.540.097	813.540.097	812.746.706	-793.392	-0,10
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	274.310.796	274.310.796	274.308.983	-1.814	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	564.300	564.300	563.953	-347	-0,06
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.901.761	2.901.761	2.907.444	5.683	0,20
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	73.164.642	73.164.642	74.215.727	1.051.085	1,44
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	2.274.493.596	2.274.493.596	2.265.549.841	-8.943.755	-0,39
11	- Personalaufwendungen	18.181.195	18.181.195	19.647.428	1.466.233	8,06
12	- Versorgungsaufwendungen	5.648.912	5.648.912	5.538.062	-110.850	-1,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	240.516.438	240.516.438	240.517.998	1.560	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.199	4.199	4.199	0	0,00
15	- Transferaufwendungen	384.145.868	384.145.868	384.533.791	387.923	0,10
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.352.818	16.352.818	16.446.409	93.592	0,57
17	= Ordentliche Aufwendungen	664.849.430	664.849.430	666.687.887	1.838.457	0,28
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	1.609.644.166	1.609.644.166	1.598.861.955	-10.782.212	-0,67
19	+ Finanzerträge	25.510.323	25.510.323	26.371.445	861.121	3,38
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	81.225.000	81.225.000	69.387.769	-11.837.231	-14,57
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-55.714.677	-55.714.677	-43.016.325	12.698.352	-22,79
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	1.553.929.490	1.553.929.490	1.555.845.630	1.916.140	0,12
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	1.553.929.490	1.553.929.490	1.555.845.630	1.916.140	0,12
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	47.431.412	47.431.412	47.431.412	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	9.316.182	9.316.182	9.316.182	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	1.592.044.720	1.592.044.720	1.593.960.860	1.916.140	0,12

Der Geschäftsbereich 2 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung von rd. 1,9 Mio. Euro. Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen im Finanzergebnis (rd. 12,7 Mio. Euro) aus geringeren Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite. Dem gegenüber stehen Verschlechterungen im Ordentlichen Ergebnis (rd. 10,8 Mio. Euro). Bei den ordentlichen Erträgen werden Verschlechterungen i. H. v. rd. 8,9 Mio. Euro erwartet, bestehend insbesondere

- in der Zeile „Steuern und ähnliche Abgaben“ (rd. 9,2 Mio. Euro) aus geringeren Steuereinnahmen gem. der Mai-Steuerschätzung 2024 (rd. 12,5 Mio. Euro). Gleichzeitig führen höhere Kompensationsleistungen zu Mehrerträgen von rd. 3,2 Mio. Euro,
- in der Zeile „Steuern, Zuweisungen und Umlagen“ (rd. 0,8 Mio. Euro) aus Mindererträgen bei den Schlüsselzuweisungen,
- aus Mehrerträgen bei den Konzessionsabgaben, die in der Zeile „sonstigen ordentlichen Erträge“ (rd. 1,1 Mio. Euro) abgebildet werden.

Bei den ordentlichen Aufwendungen werden Verschlechterungen i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro prognostiziert, bestehend insbesondere

- in der Zeile „Personalaufwendungen“ aus Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro aufgrund von Besoldungsanpassungen,

- in der Zeile „Transferaufwendungen“ (rd. 0,4 Mio. Euro) aus Mehraufwendungen durch eine erhöhte Krankenhaushumlage sowie gegenläufig Minderaufwendungen aus einer sinkenden Gewerbesteuerumlage.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0093	Geschäftsbereichsbüro GB2	14.088.347	14.131.114	+42.767
FB02-01	Entsorgungswirt./Stadtint. Steuerberat.	-36.267.676	-36.528.820	-261.144
FB02-02	Beteiligungsmanagement	-1.281.980	-1.231.319	+50.661
FB20	Stadtkämmerei	-3.424.872	-3.309.850	+115.022
FB20-DB	Stadtkämmerei Deckungsbudget	1.605.743.321	1.608.463.911	+2.720.590
FB21	Finanzbuchhaltung u. Stadtsteueramt	-24.927.650	-25.679.406	-751.756
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		1.553.929.490	1.555.845.630	+1.916.140

Die Abweichung bei dem Fachbereich Entsorgungswirtschaft und stadinterne Steuerberatung (FB 02-01) ist hauptsächlich auf Veränderungen bei den Personalaufwendungen zurückzuführen. Den besoldungsbedingten Verschlechterungen steht eine Verbesserung bei dem Geschäftsbereichsbüro GB 2 sowie den Fachbereichen Beteiligungsmanagement (FB 02-02) und der Stadtkämmerei (FB 20) durch Stellenvakanz gegenüber.

Deckungsbudget (FB 20):

Das Deckungsbudget bildet die Finanzmittel der allgemeinen Finanzwirtschaft ab, die zur Finanzierung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. Für das Deckungsbudget wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro prognostiziert.

Diese resultiert im Wesentlichen aus Verbesserungen im Finanzergebnis (rd. 12,6 Mio. Euro). Hier stehen den Mehraufwendungen für Erstattungsinsen (rd. 3 Mio. Euro) verringerte Zinsaufwendungen bei den Liquiditäts- und Investitionskrediten gegenüber (rd. 15,6 Mio. Euro). Diese ergeben sich aufgrund einer verminderten Kreditaufnahme durch niedrigere investive Mittelabflüsse sowie der hohen außerplanmäßigen Entschuldung der Liquiditätskredite im Jahr 2023.

Dem gegenüber stehen prognostizierte Verschlechterungen im ordentlichen Ergebnis (rd. 9,9 Mio. Euro), insbesondere bei den ordentlichen Erträgen (rd. 9,5 Mio. Euro):

- | | |
|--|---------------------------|
| • Gewerbesteuer | i. H. v. -12,3 Mio. Euro, |
| • Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | i. H. v. - 0,9 Mio. Euro, |
| • Grundsteuer B | i. H. v. - 0,1 Mio. Euro, |
| • Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer | i. H. v. + 0,8 Mio. Euro, |
| • Mehrerträge aus der Kompensationsleistung zum Familienleistungsausgleich | i. H. v. + 3,2 Mio. Euro. |

Bei den ordentlichen Aufwendungen werden saldierte Verschlechterungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro erwartet. Dabei stehen den Mehraufwendungen für die Krankenhaushumlage (rd. 1,3 Mio. Euro) Minderaufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage (rd. 0,9 Mio. Euro) gegenüber.

Finanzbuchhaltung und Stadtsteueramt (FB 21):

Der Fachbereich 21 prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro. Hiervon entfallen rd. 1,3 Mio. Euro auf höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen. Verbesserungen ergeben sich durch prognostizierte Mehrerträge im Bereich des Forderungsmanagements (rd. 0,5 Mio. Euro).

3.4 Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.020.228	3.020.228	3.020.337	109	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	80.234.145	80.234.145	87.243.920	7.009.775	8,74
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.179.450	1.179.450	1.179.450	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.893.816	16.893.816	13.983.719	-2.910.097	-17,23
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	24.727.897	24.727.897	25.727.897	1.000.000	4,04
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	6.045	6.045	6.045	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	126.061.581	126.061.581	131.161.368	5.099.787	4,05
11	- Personalaufwendungen	133.967.280	133.967.280	142.870.336	8.903.056	6,65
12	- Versorgungsaufwendungen	57.453.081	57.453.081	56.325.667	-1.127.414	-1,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.943.133	14.943.133	16.264.165	1.321.033	8,84
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.434.960	5.434.960	5.434.960	0	0,00
15	- Transferaufwendungen	996.400	996.400	996.400	0	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.541.729	45.541.729	47.884.826	2.343.098	5,14
17	= Ordentliche Aufwendungen	258.336.581	258.336.581	269.776.354	11.439.772	4,43
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-132.275.001	-132.275.001	-138.614.986	-6.339.985	4,79
19	+ Finanzerträge	1.500	1.500	1.500	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	1.500	1.500	1.500	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-132.273.501	-132.273.501	-138.613.486	-6.339.985	4,79
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-132.273.501	-132.273.501	-138.613.486	-6.339.985	4,79
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	516.528	516.528	516.528	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	6.584.037	6.584.037	6.584.037	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-138.341.010	-138.341.010	-144.680.995	-6.339.985	4,58

Der Geschäftsbereich 3 prognostiziert eine negative Abweichung vom fortgeschriebenen Planansatz i. H. v. rd. 6,3 Mio. Euro als Saldo aus ordentlichen Mehrerträgen (rd. 5,1 Mio. Euro) und ordentlichen Mehraufwendungen (rd. 11,4 Mio. Euro).

Mehrerträge werden wesentlich bei öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten erwartet:

- bei der Feuerwehr i. H. v. rd. 5,1 Mio. Euro aus Rettungsdienst-/Krankentransport-Gebühren,
- beim Einwohneramt i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro aus Pass-/Ausweisgebühren korrespondierend mit den sonstigen ordentlichen Mehraufwendungen (rd. 1,8 Mio. Euro),
- beim Ordnungsamt i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro aus Bußgeldern.

Mehraufwendungen entstehen im Wesentlichen bei:

- Personal und Versorgung i. H. v. rd. 7,8 Mio. Euro, bedingt durch Personalzuwächse, überplanmäßige Einsätze und organisatorische Veränderungen in den Fachbereichen,
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro,
- Sonstige ordentliche Aufwendungen i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro (rd. 1,8 Mio. Euro korrespondieren mit Mehrerträgen).

Prognostizierten Mindererträgen der Zentrale Ausländerbehörde i. H. v. rd. 2,9 Mio. Euro stehen Minderaufwendungen bei Personalaufwendungen in der gleichen Höhe gegenüber.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0092	Geschäftsbereichsbüro GB3	-1.996.011	-1.765.992	+230.019
FB30	Rechtsamt	-4.627.094	-4.636.373	-9.279
FB32	Ordnungsamt	-8.900.079	-8.756.569	+143.510
FB33	Einwohneramt	-16.410.776	-19.352.689	-2.941.913
FB37	Feuerwehr	-91.682.255	-90.477.052	+1.205.203
FB38	ZAB, Staatsangehörigk.- u. Ausländerangel.	-8.657.286	-13.624.811	-4.967.525
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-132.273.501	-138.613.486	-6.339.985

Geschäftsbereichsbüro GB3 (FB 0092):

Die Planunterschreitung i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro ist in den abweichenden Personalaufwendungen begründet.

Ordnungsamt (FB 32):

Die Ergebnisprognose des FB 32 ist im Wesentlichen geprägt durch zu erwartende Mehrerträge im Bereich der Verkehrsüberwachung für Buß- und Verwarngelder i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro, außerplanmäßige Aufwendungen für Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem AfD-Parteitag i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro sowie zusätzlichem Personalaufwand i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro.

Einwohneramt (FB 33):

Die negative Abweichung i. H. v. rd. 2,9 Mio. Euro ergibt sich einerseits aus der Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen (rd. 3,3 Mio. Euro), die aufgrund von Personalzuwächsen insbesondere bei der KFZ-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde sowie den Bürgerämtern zustande kommen. Andererseits werden aus gestiegenen Fallzahlen im Bereich Pass- und Ausweiswesen Mehrerträge bei den Verwaltungsgebühren i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro erwartet, denen Mehraufwendungen für die Druckerzeugnisse i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro gegenüberstehen.

Feuerwehr (FB 37):

Der Fachbereich 37 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro.

Im Bereich der Gefahrenabwehr wird eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro prognostiziert. Diese resultiert aus voraussichtlichen Minderaufwendungen i. H. v. rd. 2,6 Mio. Euro im Bereich der Personalaufwendungen, da noch nicht alle geplanten Personalstellen im Rahmen der Neuorganisation des FB 37 besetzt worden sind. Demgegenüber stehen voraussichtliche Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro für Sach- und Dienstleistungen bzw. der sonstigen ordentlichen Aufwendungen aufgrund des wachsenden Fuhrparks, Preissteigerungen bei Lohnkosten der beauftragten Firmen, aber auch aufgrund des generellen Personalzuwachses (höhere Aufwendungen im Bereich ESH, Dienstkleidung, Dienstreisen).

Im gebührenfinanzierten Teilplan Rettungsdienst wird eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro erwartet. Ursächlich hierfür sind prognostizierte Mehraufwendungen im Bereich Personal i. H. v. rd. 5,9 Mio. Euro. Aufgrund des aktuellen Rettungsdienstbedarfsplans und der damit einhergehenden Organisationsuntersuchung wurde zum Stellenplan 2024 eine erhebliche Anzahl von Mehrstellen geschaffen. Die entsprechende Anpassung des Personalkostenbudgets erfolgt hingegen sukzessive und nachgelagert. Ergebnisverbessernd wirken sich voraussichtliche Mehrerträge im Bereich der Benutzungsgebühren i. H. v. rd. 5,1 Mio. Euro aus. Diese Prognose ist zum einen auf den verstärkten Abbau von Rückständen und zum anderen auf das Inkrafttreten der neuen Rettungsdienstgebührensatzung ab dem 1. April 2024 und

den damit verbundenen, höheren Gebührensätzen zurückzuführen.

Der vorbeugende Brandschutz schließt in der Prognose mit einer Verbesserung i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro ab (Personalminderaufwendungen).

Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten (FB 38):

Die Abweichung i. H. v. rd. 5,0 Mio. Euro resultiert aus dem Bereich Ausländerangelegenheiten und ergibt sich aufgrund von Mehraufwendungen bei den Personalkosten bedingt durch zusätzlich erforderlich gewordene überplanmäßige Einsätze.

Im refinanzierten Teilplan Zentrale Ausländerbehörde korrespondieren Verbesserungen bei Personalaufwendungen i. H. v. rd. 2,9 Mio. Euro mit geringeren Erträgen aus Personalkostenerstattungen (100 % Landesfinanzierung).

3.5 Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	184.409.850	184.409.850	200.650.080	16.240.230	8,81
3	+ Sonstige Transfererträge	13.718.887	13.718.887	12.937.579	-781.308	-5,70
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	31.044.575	31.044.575	33.190.449	2.145.874	6,91
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.882.925	4.882.925	3.680.396	-1.202.529	-24,63
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	36.394.895	36.394.895	44.231.358	7.836.463	21,53
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	5.655.804	5.655.804	6.079.956	424.152	7,50
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	276.106.936	276.106.936	300.769.818	24.662.882	8,93
11	- Personalaufwendungen	157.727.069	157.727.069	163.857.222	6.130.153	3,89
12	- Versorgungsaufwendungen	9.422.519	9.422.519	9.237.618	-184.900	-1,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.635.228	51.635.228	56.277.350	4.642.122	8,99
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.946.934	1.946.934	1.946.934	0	0,00
15	- Transferaufwendungen	550.394.695	550.394.695	611.463.205	61.068.510	11,10
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.857.547	40.857.547	47.686.791	6.829.244	16,71
17	= Ordentliche Aufwendungen	811.983.991	811.983.991	890.469.120	78.485.129	9,67
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-535.877.055	-535.877.055	-589.699.302	-53.822.247	10,04
19	+ Finanzerträge	10.000	10.000	10.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	10.000	10.000	10.010	10	0,10
21	= Finanzergebnis (=19-20)	0	0	-10	-10	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-535.877.055	-535.877.055	-589.699.312	-53.822.257	10,04
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-535.877.055	-535.877.055	-589.699.312	-53.822.257	10,04
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	41.901.874	41.901.874	41.901.874	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	150.072.388	150.072.388	150.072.388	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-644.047.569	-644.047.569	-697.869.826	-53.822.257	8,36

Der Geschäftsbereich 4 schließt das zweite Quartal 2024 mit einer prognostizierten Verschlechterung zum Ende des Haushaltsjahres 2024 i. H. v. rd. 53,8 Mio. Euro ab; das entspricht einer Verschlechterung von 8,36 % im Vergleich zum fortgeschriebenen Haushaltsansatz.

Maßgeblich für diese Entwicklung sind zwei Produktgruppen des Jugendamtes mit signifikant steigenden Transferaufwendungen:

- Tageseinrichtungen für Kinder (rd. 26,5 Mio. Euro) und
- Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien (rd. 25,5 Mio. Euro).

Von den steigenden Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 6,0 Mio. Euro entfallen auf die beiden o. g. Produktgruppen des Jugendamtes rd. 4,2 Mio. Euro bzw. rd. 1,9 Mio. Euro.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0095	Geschäftsbereichsbüro GB4	-61.347.171	-61.184.341	+162.830
FB40	Fachbereich Schule	-89.253.202	-92.879.795	-3.626.593
FB41	Kulturamt	-6.507.573	-6.439.251	+68.323
FB41-3	Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv	-1.910.566	-1.727.941	+182.625
FB41-4	Alte Synagoge/Haus jüdischer Kultur	-486.384	-525.225	-38.841
FB42	Stadtbibliothek	-8.353.219	-10.647.056	-2.293.837
FB43	Volkshochschule	-2.624.842	-2.140.575	+484.267
FB44	Folkwang Musikschule	-5.048.550	-4.898.781	+149.768
FB45	Museen der Stadt Essen	-4.987.761	-4.914.493	+73.268
FB51	Jugendamt	-355.357.788	-404.341.854	-48.984.066
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-535.877.055	-589.699.312	-53.822.257

Die Abweichungen im Geschäftsbereichsbüro des GB 4 sowie in den kulturellen Fachbereichen und Instituten (Fachbereiche 41, 41-3, 41-4, 43, 44 und 45) führen zu einer Verbesserung i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro und sind im Wesentlichen auf die Veränderungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen.

Fachbereich Schule (FB 40):

Der Fachbereich Schule prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 3,6 Mio. Euro. Davon entfallen rd. 0,2 Mio. Euro auf Verschlechterungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (rd. 0,5 Mio. Euro), denen Mehrerträge i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro durch Anpassungen bei den Festwerten durch Zuweisungen des Landes gegenüberstehen. Darüber hinaus werden saldierte Verschlechterungen i. H. v. rd. 3,8 Mio. Euro prognostiziert, die sich im Wesentlichen in den nachfolgenden Produktgruppen darstellen:

Schülerbeförderung (rd. -3,3 Mio. Euro)

Die prognostizierte Verschlechterung ergibt sich aus einem erhöhten Tagespauschalpreis der Ruhrbahn (rd. 2,95 Mio. Euro), der aufgrund von steigenden Schülerzahlen und Kostensteigerungen bei den Fahrten, u. a. durch die Ersatzvornahmen angepasst wurde. Darüber hinaus ergibt sich eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,35 Mio. Euro durch die Preisanpassung des Verkehrsverband Rhein Ruhr (VRR) zum Schokoticket.

Grundschulen und OGS (rd. -1,5 Mio. Euro)

Aus der OGS-Gruppenerweiterung im Schuljahr 2024/2025 resultieren höhere Zuschüsse an die Jugendhilfe Essen gGmbH (JHE) i. H. v. rd. 3,0 Mio. Euro. Die Gruppenerweiterung wird durch Mehrerträge aus Landeszuweisungen i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro sowie Elternbeiträge i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro refinanziert. Weitere Verbesserung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro ergibt sich aus dem Rücktritt des Schulmilchlieferanten. Mehraufwendungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro werden für Hausmeister-Vertretungen durch die RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE) erwartet (verteilt auf alle sieben Schulformen).

Gesamtschulen (rd. -0,3 Mio. Euro)

Die Verschlechterung entsteht aufgrund von Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen.

Förderschulen (rd. 1,3 Mio. Euro)

Aufgrund nicht vollständig abgerechneter und gezahlter Schulkostenbeiträge der Stadt Oberhausen für die Jahre 2011 – 2021 erfolgt eine Nachzahlung i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro.

Stadtbibliothek (FB 42):

Die Stadtbibliothek prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Bibliothekssystems im Hinblick auf den „Dritten Ort“. Zudem entsteht durch die Standortverlagerung der Zentralbibliothek zum Markt 5/6 für vermierterseitige Anpassungen eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro. Weitere Verschlechterungen sind auf höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro zurückzuführen.

Jugendamt (FB 51):

Das Jugendamt prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 49,0 Mio. Euro. Davon sind rd. 6,3 Mio. Euro auf höhere Personalaufwendungen zurückzuführen. Bei den verbleibenden rd. 42,7 Mio. Euro handelt es sich im Wesentlichen um saldierte Veränderungen der nachfolgenden Produktgruppen:

Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien (rd. -25,4 Mio. Euro)

In dieser Produktgruppe werden Mehraufwendungen von rd. 28,8 Mio. Euro prognostiziert, die im Rahmen der Gewährung von ambulanten Hilfen (rd. 4,7 Mio. Euro) und stationären Hilfen (rd. 20,1 Mio. Euro) entstehen und teilweise durch Mehrerträge von rd. 3,3 Mio. Euro kompensiert werden können.

Tageseinrichtungen für Kinder (rd. -13,0 Mio. Euro)

In der Produktgruppe führen im Wesentlichen die nicht vollständig durch das Land refinanzierten Betriebskostenzuschüsse an die freien Träger zu der Verschlechterung. Hintergrund ist die Anhebung der Fortschreibungsraten nach § 37 Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

Kinder in Tagespflege (rd. -3,4 Mio. Euro)

Die Verschlechterung entsteht aufgrund von Mehraufwendungen durch höhere Entgeltzahlungen an Tagespflegepersonen i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro und höhere Zuschüsse i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro, sowie aufgrund von Mindererträgen durch ein geringeres Elternbeitragsaufkommen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro.

Unterhaltsvorschussleistungen (rd. -1,5 Mio. Euro)

Ursächlich für die Mehrbelastung sind steigende Fallzahlen sowie eine deutliche Anhebung der Unterhaltsvorschussbeträge zum 1. Januar 2024.

3.6 Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	30.718.203	30.718.203	26.062.673	-4.655.530	-15,16
3	+ Sonstige Transfererträge	23.837.429	23.837.429	23.934.360	96.931	0,41
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.951.412	1.951.412	1.951.412	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.500	7.500	7.500	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	930.359.987	930.359.987	962.882.455	32.522.468	3,50
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.491.989	3.491.989	3.639.042	147.053	4,21
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	990.366.520	990.366.520	1.018.477.442	28.110.921	2,84
11	- Personalaufwendungen	119.444.939	119.444.939	117.897.949	-1.546.990	-1,30
12	- Versorgungsaufwendungen	17.702.738	17.702.738	17.355.353	-347.385	-1,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.803.279	13.803.279	15.842.279	2.039.000	14,77
14	- Bilanzielle Abschreibungen	99.924	99.924	99.924	0	0,00
15	- Transferaufwendungen	1.175.754.766	1.175.754.766	1.207.842.885	32.088.120	2,73
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.492.817	9.492.817	12.422.281	2.929.464	30,86
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.336.298.462	1.336.298.462	1.371.460.671	35.162.210	2,63
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-345.931.941	-345.931.941	-352.983.229	-7.051.288	2,04
19	+ Finanzerträge	2.000	2.000	2.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	2.000	2.000	2.000	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-345.929.941	-345.929.941	-352.981.229	-7.051.288	2,04
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-345.929.941	-345.929.941	-352.981.229	-7.051.288	2,04
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	11.132.344	11.132.344	11.132.344	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-357.062.285	-357.062.285	-364.113.573	-7.051.288	1,97

Im Geschäftsbereich 5 wird eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 7,1 Mio. Euro prognostiziert, Mehraufwendungen i. H. v. rd. 35,2 Mio. Euro stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 28,1 Mio. Euro gegenüber.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Mehrerträge i. H. v. rd. 32,5 Mio. Euro resultieren insbesondere aus:

- 21,1 Mio. Euro höhere Erstattungen für Leistungen nach dem SGB II bedingt durch höhere Transferaufwendungen (FB 56),
- 9,7 Mio. Euro Anpassungen an höhere Transferaufwendungen für Grundsicherung im Alter (FB 50),
- 2,5 Mio. Euro höhere Verwaltungskostenerstattungen des Bundes aufgrund von Besoldung und Tarifierungsanpassungen sowie höherer Anzahl abrechenbaren Personals (FB 56),
- -1,2 Mio. Euro Anpassung der Erstattungen für 16i-Kräfte an verminderte Aufwendungen (Geschäftsbereichsbüro 5).

Zuwendungen und allgemeine Umlage

Die Mindererträge i. H. v. rd. 4,7 Mio. Euro resultieren insbesondere aus:

- -16,2 Mio. Euro geringere FlüAG-Erstattungen gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz (FB 50) korrespondierend mit Mindertransferaufwendungen nach dem AsylbLG,
- 6,8 Mio. Euro Mehrerträge aus einer EU-Förderung temporärer Steigerung von Unterbringungs-kapazitäten 2022–2023 mit Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021–2027 durch Weiterleitung des Landes NRW (FB 50),
- 2,9 Mio. Euro Mehrerträge aus einer Förderung des Bundes für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (FB 53),
- 2,0 Mio. Euro Mehrerträge aufgrund einer Ertragsabgrenzung aus dem Jahr 2023 von Fördermitteln aus dem Sondervermögen „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine“ (im Folgenden Sondervermögen ‚Krisenbewältigung‘ genannt) (FB 50).

Die prognostizierten Mehraufwendungen i. H. v. rd. 35,2 Mio. Euro entfallen mit rd. 32,2 Mio. Euro auf die Transferaufwendungen, mit rd. 2,9 Mio. Euro auf sonstige ordentliche Aufwendungen und rd. 2,0 Mio. Euro auf Sach- und Dienstleistungen.

Transferaufwendungen

Die höheren Transferaufwendungen i. H. v. rd. 32,1 Mio. Euro setzen sich wie folgt zusammen:

- 31,2 Mio. Euro Leistungen nach dem SGB II (FB 56),
- 11,2 Mio. Euro Leistungen für Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und bei Werkstattbeschäftigung (FB 50),
- 9,2 Mio. Euro Hilfe zur Pflege und Leistungen nach dem Alten- und Pflegegesetz (FB 50),
- 2,4 Mio. Euro Leistungen für Bildung und Teilhabe (FB 50),
- 2,2 Mio. Euro Eingliederungshilfen nach dem SGB IX (FB 50),
- 1,1 Mio. Euro Hilfe zum Lebensunterhalt (FB 50),
- -23,6 Mio. Euro Leistungen für Asylbewerber (FB 50) korrespondierend mit geringeren FlüAG-Erstattungen,
- -1,1 Mio. Euro Hilfe zur Pflege des überörtlichen Trägers (FB 50).

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Mehraufwendungen i. H. v. rd. 2,9 Mio. Euro ergeben sich wie folgt:

- 2,9 Mio. Euro korrespondierende Aufwendungen (s. Zuwendungen und allgemeine Umlagen) für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (FB 53).

Sach- und Dienstleistungen

Die Verschlechterung i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Sachverhalten zusammen:

- 1,0 Mio. Euro Sicherheitsdienstleistungen in Unterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine,
- 0,5 Mio. Euro Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX,
- 0,3 Mio. Euro Dolmetscherleistungen im Bereich der Leistungen für Asylbewerber.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0096	Geschäftsbereichsbüro GB5	-9.087.885	-8.781.318	+306.567
FB50	Amt für Soziales und Wohnen	-194.471.203	-197.719.643	-3.248.441
FB53	Gesundheitsamt	-16.125.749	-18.350.597	-2.224.847
FB56	JobCenter Essen	-137.377.448	-139.262.015	-1.884.567
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-357.062.285	-364.113.573	-7.051.288

Geschäftsbereichsbüro GB5 (FB0096):

Für das GB-Büro wird zum Ende des zweiten Quartals eine geringfügige Abweichung prognostiziert. Es ergeben sich Mindererträge i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro. Diese resultieren aus einer analogen Anpassung der Bundeserstattung zu den prognostizierten Minderaufwendungen i. H. v. rd. 1,4 Mio. Euro bei der Beschäftigung nach dem Teilhabechancengesetz § 16i SGB II.

Verbessernd wirkt sich die Rückzahlungen aus Überkompensationen des Vorjahres bei der Suchthilfe direkt Essen gGmbH (SDE) sowie die voraussichtlich nicht vollständig benötigte Zuschussleistung bei der Gesundheitszentrum St. Vincenz gGmbH i. H. v. jeweils rd. 0,1 Mio. Euro aus.

Amt für Soziales und Wohnen (FB 50):

Insgesamt wird im Fachbereich 50 eine Verschlechterung i. H. v. rd. 3,2 Mio. Euro prognostiziert, die i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro auf Personal- und Versorgungsaufwendungen entfällt.

Weitere Ergebnisbelastungen i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro entfallen insbesondere auf folgende Bereiche:

Leistungen nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG) (rd. -1,2 Mio. Euro)

Es ergibt sich eine Verschlechterung bedingt durch zwar geringeren Empfängerzahlen aber deutlichem Anstieg der Durchschnittskosten (8%) im Bereich des Pflegewohngeldes.

Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht SGB IX (rd. -0,5 Mio. Euro)

Steigende Antragszahlen, Anhebung der Pauschale für Gutachten von 45 Euro auf 65 Euro sowie Digitalisierung- und Scankosten führen zu einer Verschlechterung i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro.

Sonstige soziale Leistungen (rd. -0,4 Mio. Euro)

- 2,4 Mio. Euro Verschlechterung im Bereich der Leistungen für Bildung und Teilhabe,
- 2,0 Mio. Euro Verbesserung aufgrund einer Ertragsabgrenzung aus dem Jahr 2023 von Fördermitteln aus dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“.

Hilfe zum Lebensunterhalt (rd. -1,0 Mio. Euro)

Es ergibt sich eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen. Hier liegen die Empfängerzahlen unter der Planung, die Durchschnittskosten liegen aber deutlich über dem Planwert.

Im Bereich der Hilfen innerhalb von Einrichtungen wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro prognostiziert, bedingt durch gestiegene Empfängerzahlen (rd. 10%) sowie leicht gestiegener Durchschnittskosten.

Hilfe zur Pflege (rd. -8,0 Mio. Euro)

- Im Bereich der ambulanten Hilfe zur Pflege wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro kalkuliert. Diese Steigerung ist auf einen deutlichen Anstieg der Durchschnittskosten zurückzuführen.
- Bei der stationären Pflege hat sich die Zahl der Hilfeempfänger in den ersten Monaten des Jahres 2024 kontinuierlich erhöht. Darüber hinaus liegen die Durchschnittskosten über dem Planwert. Hieraus resultiert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 6,3 Mio. Euro.

Eingliederungshilfe nach SGB IX (rd. -2,2 Mio. Euro)

Es wird eine Verschlechterung von rd. 4% aufgrund steigender Fallzahlen als auch steigender Durchschnittskosten kalkuliert.

Leistungen für Asylbewerber (rd. 7,1 Mio. Euro)

- Mehrbelastungen i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro im Bereich der originären Flüchtlingsaufwendungen für Geflüchtete aus der Ukraine,
- Mehrbelastungen i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro im Bereich der Hilfen nach dem § 3 AsylbLG für sonstige Geflüchtete, bedingt durch geringere FlüAG-Erstattungen (rd. 15,6 Mio. Euro) bei geringeren Aufwendungen für laufende Leistungen (rd. -12,0 Mio. Euro) sowie für Betreuungsleistungen (rd. -2,4 Mio. Euro),

- Verbesserung i. H. v. rd. 10,4 Mio. Euro im Bereich der Hilfen nach § 2 AsylbLG. Hier liegen insbesondere die Empfängerzahlen und Durchschnittskosten unter dem Planwert.

Soziale Einrichtungen für Aussiedler/Ausländer (rd. 5,7 Mio. Euro)

- Für Sicherheitsdienstleistungen in Unterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine wird mit Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro kalkuliert.
- Demgegenüber stehen Erträge i. H. v. rd. 6,8 Mio. Euro aufgrund der Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren zur Förderung temporärer Steigerung von Unterbringungskapazitäten 2022-2023 mit Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021-2027 durch das Land.

Gesundheitsamt (FB 53):

Für das Gesundheitsamt wird zum jetzigen Zeitpunkt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro prognostiziert, die ausschließlich auf Anpassungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist.

JobCenter Essen (FB 56):

Für das JobCenter wird insgesamt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro prognostiziert. Die Anpassung der Personal- und Versorgungsaufwendungen führt zu einer Verbesserung i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro. Darüber hinaus ergeben sich Verschlechterungen i. H. v. rd. 7,4 Mio. Euro in nachfolgenden Bereichen:

Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert (rd. 2,5 Mio. Euro)

Für die „Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert“ wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 2,5 Mio. Euro prognostiziert. Diese ergibt sich aus höheren Bundeserstattungen aufgrund von Besoldungs- bzw. Tarifanpassungen als auch höherer Anzahl abrechenbaren Personals.

Leistungen nach dem SGB II kommunalfinanziert (rd. -9,9 Mio. Euro)

Für die „Leistungen nach dem SGB II kommunalfinanziert“ werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 9,9 Mio. Euro prognostiziert, die insbesondere auf folgende Sachverhalte zurückzuführen sind:

- Mehraufwendungen i. H. v. rd. 4,4 Mio. Euro im Bereich „Bildung und Teilhabe“ (BuT) insbesondere für Lernförderung, Mittagsverpflegung und Schulbedarf.
- Mehrbedarfe für aus der Ukraine Geflüchtete i. H. v. rd. 5,2 Mio. Euro insbesondere bedingt durch nicht erstattungsfähige Mehraufwendungen für Erstausrüstung von Wohnungen einschließlich Haushaltsgeräten i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro.

3.7 Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	25.689.007	25.689.007	26.073.043	384.036	1,49
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.995.163	17.995.163	17.087.933	-907.229	-5,04
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.644.193	5.644.193	5.945.460	301.267	5,34
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	732.160	732.160	750.907	18.747	2,56
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.198.267	3.198.267	3.771.041	572.774	17,91
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	3.425.000	3.425.000	3.425.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	56.683.789	56.683.789	57.053.384	369.595	0,65
11	- Personalaufwendungen	77.889.840	77.889.840	78.970.561	1.080.721	1,39
12	- Versorgungsaufwendungen	8.632.822	8.632.822	8.463.418	-169.404	-1,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.989.146	52.082.043	52.560.827	478.784	0,92
14	- Bilanzielle Abschreibungen	45.911.271	45.911.271	46.826.836	915.564	1,99
15	- Transferaufwendungen	43.520.997	43.520.997	43.509.419	-11.578	-0,03
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.619.133	9.619.133	10.079.257	460.124	4,78
17	= Ordentliche Aufwendungen	237.563.209	237.656.107	240.410.318	2.754.212	1,16
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-180.879.420	-180.972.317	-183.356.934	-2.384.617	1,32
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500	1.500	1.750	250	16,67
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-1.500	-1.500	-1.750	-250	16,67
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-180.880.920	-180.973.817	-183.358.684	-2.384.867	1,32
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-180.880.920	-180.973.817	-183.358.684	-2.384.867	1,32
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.501.501	1.501.501	1.501.501	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	40.271.296	40.271.296	40.271.296	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-219.650.715	-219.743.612	-222.128.479	-2.384.867	1,09

Die prognostizierte Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 2,4 Mio. Euro resultiert aus saldierten Verbesserungen auf der Ertragsseite i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro sowie einem saldierten Mehrbedarf von rd. 2,8 Mio. Euro bei den Aufwendungen.

Die durch den Fachbereich 67 (Grün und Gruga) prognostizierte Verschlechterung bei den öffentlichen Leistungsentgelten i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der vorübergehenden Schließung des Krematoriums und wird durch Verbesserungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro sowie bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro und bei den sonstigen ordentlichen Erträgen i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro innerhalb des Geschäftsbereiches gedeckt.

Auf der Aufwandsseite sind jeweils saldierte Verschlechterungen von rd. 0,9 Mio. Euro im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen und bei den bilanziellen Abschreibungen sowie bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und bei sonstigen ordentlichen Aufwendungen von jeweils rd. 0,5 Mio. Euro zu verzeichnen.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0097	Geschäftsbereichsbüro GB6	-38.875.328	-39.874.820	-999.492
FB06-01	Steuerungsstelle ÖPNV	-1.839.209	-1.812.690	+26.519
FB06-02	Grüne Hauptstadt Agentur	-8.789.442	-9.160.507	-371.065
FB59	Umweltamt	-12.665.146	-12.128.226	+536.920
FB59-6	Veterinär-u. Lebensmittelüberwachungsamt	-4.209.258	-4.438.287	-229.029
FB66	Amt für Straßen und Verkehr	-77.282.766	-78.217.444	-934.677
FB67	Grün und Gruga Essen	-37.312.668	-37.726.710	-414.042
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-180.973.817	-183.358.684	-2.384.867

Geschäftsbereichsbüro GB6 (FB 0097):

Die Verschlechterung i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro resultiert aus einer außerplanmäßigen Abschreibung auf Finanzanlagen im Teilplan „Sport und Bäderbetriebe Essen (SBE)“ von rd. 0,9 Mio. Euro. Dem Vorsichtsprinzip folgend wird die an die SBE zu leistenden Kapitaleinlage i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro als nicht werthaltig eingestuft. Demgegenüber steht ein Minderaufwand i. H. v. rd. 1,4 Mio. Euro aus der Abschreibung von Ausleihungen an das Sondervermögen (Investitionszuschüsse). Weiterhin ist ein Mehraufwand von rd. 0,3 Mio. aus den zentral bewirtschafteten Positionen der Personalkosten des Geschäftsbereichsbüros zu verzeichnen, sowie ein Mehrertrag von rd. 0,2 Mio. Euro aus der Auflösung einer in 2023 gebildeten Rückstellung für einen Sonderzuschuss zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags 2023 der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR), die nicht in voller Höhe benötigt wird.

Umweltamt (FB 59):

Der Mehrbedarf bei den ordentlichen Aufwendungen i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro kann durch Verbesserungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro vollumfänglich kompensiert werden, so dass der FB 59 insgesamt eine Ergebnisverbesserung von rd. 0,5 Mio. Euro ausweist.

Amt für Straßen und Verkehr (FB 66):

In der Ergebnisprognose zum 31.12.2024 setzt sich der Mehraufwand i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro wie folgt zusammen:

- Die bisher im Festwert (investiv) geführten Straßenmarkierungen sind ab 2024 konsumtiv abzubilden. Hierfür wird ein Mehraufwand i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro prognostiziert.
- Die Personalaufwendungen liegen mit rd. 0,3 Mio. Euro über Plan, begründet zum einen durch tarifliche Abschlüsse und zum anderen aufgrund der Einrichtung von Mehrstellen.

3.8 Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen]

	Bezeichnung	Ansatz 2024	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.917.677	16.917.677	31.032.998	14.115.321	83,44
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.799.794	7.799.794	7.212.812	-586.982	-7,53
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	16.462.450	16.462.450	16.549.450	87.000	0,53
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	857.363	857.363	557.230	-300.133	-35,01
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	7.747.000	7.747.000	7.882.571	135.572	1,75
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.080.000	2.080.000	2.187.700	107.700	5,18
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	51.864.283	51.864.283	65.422.761	13.558.478	26,14
11	- Personalaufwendungen	46.918.589	46.918.589	51.589.170	4.670.581	9,95
12	- Versorgungsaufwendungen	8.835.011	8.835.011	8.661.640	-173.371	-1,96
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	84.034.240	84.034.240	101.778.744	17.744.505	21,12
14	- Bilanzielle Abschreibungen	54.132.195	54.132.195	54.132.195	0	0,00
15	- Transferaufwendungen	9.611.349	9.611.349	9.611.349	0	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	51.511.161	51.511.161	51.440.501	-70.661	-0,14
17	= Ordentliche Aufwendungen	255.042.545	255.042.545	277.213.598	22.171.053	8,69
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-203.178.262	-203.178.262	-211.790.837	-8.612.575	4,24
19	+ Finanzerträge	10.856.412	10.856.412	10.856.412	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	850	850	850	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	10.855.562	10.855.562	10.855.562	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-192.322.699	-192.322.699	-200.935.275	-8.612.575	4,48
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-192.322.699	-192.322.699	-200.935.275	-8.612.575	4,48
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	136.831.187	136.831.187	136.831.187	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	8.466.435	8.466.435	8.466.435	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-63.957.947	-63.957.947	-72.570.523	-8.612.575	13,47

Der Geschäftsbereich 7 prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung von rd. 8,6 Mio. Euro.

Bei den ordentlichen Erträgen werden Verbesserungen i. H. v. rd. 13,6 Mio. Euro kalkuliert. Diese resultieren im Wesentlichen aus Fördermitteln des Sondervermögens „Krisenbewältigung“ für Aufwendungen im Zusammenhang mit Geflüchteten i. H. v. rd. 8,3 Mio. Euro. Die bereits im Vorjahr erhaltenen, aber nicht verausgabten Mittel wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 abgegrenzt. Aufgrund der korrespondierenden Aufwendungen für die Unterbringung von Geflüchteten erfolgt in 2024 die ertragswirksame Auflösung der Fördermittel bei der Immobilienwirtschaft (FB 60). Die sich hieraus ergebenen Mehrerträge gleichen anteilig die prognostizierten Mehraufwendungen für Bauunterhaltung und Energie des FB 60 aus.

Weiterhin ergeben sich Mehrerträge i. H. v. rd. 5,8 Mio. Euro aus der Zuwendung für den Breitbandausbau von Bund und Land. Die Ansätze (Ertrag und Aufwand) der Maßnahme waren ursprünglich im Teilergebnisplan „Geschäftsbereichsbüro OB“ geplant und wurden zwischenzeitlich zum zuständigen Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster (FB 62) haushaltsneutral umgeschichtet. Aufgrund der Förderquote von 100% hat das Projekt keine Auswirkung auf das Ergebnis.

Demgegenüber erwartet der FB 62 Mindererträge bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (rd. -0,6 Mio. Euro) sowie den Kostenerstattungen und Kostenumlagen (rd. -0,3 Mio. Euro). Insbesondere die geplanten Erträge aus Verwaltungsgebühren und Personalkostenerstattungen lassen sich bis zum

Jahresende voraussichtlich nicht in voller Höhe realisieren. Es werden Maßnahmen geprüft (z. B. Erhöhung der Gebühren), um dem entgegenzuwirken.

Die Verschlechterung von rd. 22,2 Mio. Euro bei den ordentlichen Aufwendungen ist maßgeblich auf erwartete Mehrbedarfe für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 12,0 Mio. Euro sowie für Transferleistungen i. H. v. rd. 5,8 Mio. Euro zurückzuführen. Diese setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- rd. 8,0 Mio. Euro Mehraufwand für die laufende Bauunterhaltung der städtischen Immobilien (FB 60),
- rd. 5,8 Mio. Euro Mehraufwand aus der gesamtstädtisch haushaltsneutralen Umschichtung des Förderprojekts „Breitbandausbau“ (FB 62),
- rd. 5,2 Mio. Euro Mehraufwand für Energiekosten (FB 60),
- rd. 1,1 Mio. Euro Minderaufwand aufgrund der Einstellung des Projekts „Entwicklung Gewerbegebiet Pläßweidenweg“ (Amt f. Stadterneuerung u. Bodenmanagement / FB 68),
- rd. 0,3 Mio. Euro Minderaufwand für sonstige Dienstleistungen (FB 62).

Darüber hinaus ist die prognostizierte Verschlechterung auf saldierte Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 4,7 Mio. Euro zurückzuführen. Diese ergeben sich aus höheren Tarif- und Besoldungserhöhungen als angenommen, nicht geplanten Inflationsausgleichen sowie vereinzelt auch aus Personalzuwächsen aufgrund von Stellenbesetzungen. Hiervon entfällt der wesentliche Anteil auf die Immobilienwirtschaft, als personalstärkster Fachbereich im GB 7.

Demgegenüber stehen Minderaufwendungen i. H. v. rd. -0,2 Mio. Euro bei den Versorgungsaufwendungen, aufgrund weniger mit Beamten besetzter Stellen.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2024	Prognose 2024	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0098	Geschäftsbereichsbüro GB7	-5.972.965	-6.283.367	-310.403
FB60	Immobilienwirtschaft Stadt Essen	-153.816.098	-163.596.057	-9.779.959
FB61	Amt für Stadtplanung und Bauordnung	-8.730.247	-8.826.469	-96.223
FB62	Amt f. Geoinformation, Vermessung u. Katastr.	-10.631.181	-10.143.432	+487.750
FB68	Amt f. Stadterneuerung u. Bodenmanagem.	-13.172.209	-12.085.949	+1.086.260
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-192.322.699	-200.935.275	-8.612.575

Immobilienwirtschaft Stadt Essen (FB 60):

Die Verschlechterung beim FB 60 i. H. v. rd. 9,8 Mio. Euro ist mit einem Anteil von rd. 4,9 Mio. Euro auf die oben erläuterten Abweichungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wird ein Mehrbedarf von rd. 13,2 Mio. Euro prognostiziert.

Hiervon entfallen 8,0 Mio. Euro auf die Bauunterhaltung. Der Mehraufwand ist u. a. auf den schlechten Zustand der städtischen Immobilien zurückzuführen ist. Die Aufarbeitung unter Einhaltung von höheren Brandschutzauflagen führt zu einer Zunahme des Leistungsumfangs einhergehend mit erheblichen Preissteigerungen im Bausektor.

Weiterhin ergeben sich bei der Energieversorgung Mehraufwendungen von rd. 5,2 Mio. Euro. Diese verteilen sich auf die einzelnen Energiearten wie folgt:

- Strom: rd. 2,2 Mio. Euro,
- Fernwärme: rd. 1,9 Mio. Euro,
- Gas: rd. 1,1 Mio. Euro.

Die wesentlichen Faktoren für den Anstieg sind der Wegfall der Energiepreisbremse, die Anpassung der Umsatzsteuer von 7% auf 19% sowie die gestiegenen und eingepreisten Lohnkosten der Versorgungsunternehmen. Die Prognose ist aufgrund noch ausstehender Abrechnungen mit großen Unsicherheiten verbunden.

Die Mehraufwendungen können aus dem oben genannten Mehrertrag i. H. v. rd. 8,3 Mio. Euro aus Fördermitteln des Sondervermögens „Krisenbewältigung“ für die Unterbringung von Geflüchteten sowie aus Minderaufwendungen beim FB 68 anteilig kompensiert werden.

Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement (FB 68):

Die Verbesserung beim FB 68 i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro ergibt sich wesentlich aus Minderaufwendungen beim Projekt „Entwicklung Gewerbegebiet Pläbweidenweg“. Durch die Änderung des ursprünglichen Vorhabens zugunsten eines neuen Feuerwehrstandortes (investiv), werden die geplanten konsumtiven Mittel nicht in voller Höhe benötigt. Die Minderaufwendungen i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro dienen der anteiligen Deckung der oben genannten Mehraufwendungen im FB 60.